

You have downloaded a document from



*The Central and Eastern European Online Library*

The joined archive of hundreds of Central-, East- and South-East-European publishers,  
research institutes, and various content providers

**Source:** Transit

Transit

**Location:** Austria

**Author(s):** Kurt Biedenkopf, John Gray, János Mátyás Kovács, Michael Mertes, Claus Offe, Alfred Gusenbauer

**Title:** Kommentare Zu Alfred Gusenbauer und Replik

Kommentare Zu Alfred Gusenbauer und Replik

**Issue:** 25/2003

**Citation style:** Kurt Biedenkopf, John Gray, János Mátyás Kovács, Michael Mertes, Claus Offe, Alfred Gusenbauer. "Kommentare Zu Alfred Gusenbauer und Replik". *Transit* 25:120-154.

<https://www.ceeol.com/search/article-detail?id=415489>

## KOMMENTARE ZU ALFRED GUSENBAUER

### *Kurt Biedenkopf*

Da es um Rechtspopulismus und Rechtsextremismus geht, vorweg ein Wort zu Deutschland. Beide politischen Phänomene sind in Deutschland kein relevantes Problem, wenn man vom Wahlverhalten der Bevölkerung und den Wahlergebnissen ausgeht. Auf Bundesebene hatten extreme Rechtsgruppierungen bisher keine Chance. Ihre Stimmenanteile bei Bundestagswahlen liegen zwischen 2,3 und 1,3%, bei Europawahlen zwischen 7,1% (1998) und 1,7%. Auf Landesebene gab es in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Schleswig-Holstein kurzfristige Gastspiele rechtsextremer Parteien ohne nachhaltige Wirkung. Ihre Präsenz in den Landtagen überlebte in der Regel die Legislaturperiode nicht.

1. Wer zur Bekämpfung des Rechtspopulismus in den europäischen Demokratien aufruft, ist gehalten zu sagen, was genau er darunter versteht. Gusenbauer bleibt uns diese Auskunft schuldig. Die begriffliche Verortung dessen, was er bekämpfen will, bleibt unklar. Allgemein spricht er von »autoritären Strömungen«, von Rechtsradikalismus, rechtsextremem Nationalismus, Rechtspopulismus und regionalem Separatismus. Seine Beispiele sind die Nationale Front (FN), die Fortschrittsparteien in Skandinavien, die Lega Nord, die Freiheitliche Partei Österreichs, der Vlaams Blok und die Liste Pim Fortuyn. Ob es sich bei diesen politischen Gruppierungen um Zeitgeisterscheinungen oder nachhaltig wirksame politische Kräfte handelt, wird nicht untersucht.

Statt dessen legt Gusenbauer seinen strategischen Überlegungen eine Vielzahl von Bezeichnungen und Beschreibungen zugrunde: von rechtspopulistischen Versuchen, rechtsextremen Parteien, rechtsextremem Nationalismus, Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und der Sache der Rechtsextremen ist in den Thesen die Rede. Diese relative Klarheit der Definition wird im eigentlichen Text weitgehend aufgelöst. Dort geht es wahlweise oder wahllos um »die neue Rechte«, den »rechtsextremen Verein-facher«, eine »radikale populistische Rechte«, allgemeiner um »die Rechten«, das »Gedankengut der Rechten« und »die Rechte, die Ängste schürt«.

Zwar unterscheidet Gusenbauer verschiedene »rechtsextreme Parteien und Gruppen«, die jedoch als Gemeinsamkeit die Ablehnung des Prozesses der europäischen Integration und ihrer Folgen verbinden. Die verschiedenen Ausprägungen werden als »gesamtes rechtsextremes populistisches Spektrum« zusammengefasst, verbunden durch das gemeinsame Thema innere Sicherheit und Einwanderung. Dann wiederum ist von einer »einfachen Botschaft der Rechten« die Rede, vom »Konzept des Rechtspopulismus«, im nächsten Atemzug von der »neuen Rechten«, von der gegen das Etablissement gerichteten »Position der Rechten« und schließlich von den »fest etablierte[n], traditionelle[n] rechten Parteien«, die »(noch) in der Lage« seien, »rechtspopulistisches Gedankengut zu integrieren«.

Weiter geht es mit der Unterscheidung zwischen den »neuen rechtsextremen Parteien« und dem »Rechtsextremismus alter Prägung«. Wir haben es laut Gusenbauer jedoch nicht mit einer »europäischen populistischen Rechten« zu tun, sondern mit unterschiedlichen nationalen Ausprägungen. Dabei müsse zwischen »populärer und populistischer Politik« unterschieden werden – was, wie der Autor zu Recht feststellt, nicht leicht ist.

Gusenbauer mahnt uns, die Fragen ernst zu nehmen, die »zu Recht von der neuen Rechten gestellt« werden, und Themen wie kulturelle Identität und Kompatibilität nicht »den Rechten« zu überlassen. Zum Schluss seines definitorischen Reigens zwischen der Rechten und dem Rechtsextremismus ruft Gusenbauer Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberale zu einem Bündnis gegen »die Vorherrschaft der Rechten« auf.

2. Bringt man Gusenbauers definitorische Anstrengungen auf den Punkt, dann geht es ihm nicht um den Kampf gegen rechtsextreme Parteien. Es geht ihm um die Auseinandersetzung mit »den Rechten« oder »den Konservativen«. Dabei bedient er sich der Gefahr des Rechtsextremismus, um die »Rechte« insgesamt in Haft zu nehmen. Träger dieses Kampfes sind für ihn die »Mitte-Links-Parteien«. Dass es auch »Mitte-Rechts-Parteien« gibt, nimmt er nur im Zusammenhang mit deren angeblicher Unfähigkeit zur politischen Konsolidierung zur Kenntnis.

Die ÖVP Bundeskanzler Schüssels ist für ihn folglich eine Rechtspartei, die den Verlockungen der Macht viel zu früh nachgegeben hat und sich gemeinsam mit ihrem rechtspopulistischen und/oder rechtsextremen Partner »hin zu den äußersten Grenzen dessen« bewegt, »was in einer Demokratie noch akzeptabel ist«. Nach Gusenbauer ist der *cordon sanitaire*

durchbrochen worden. Die Erfahrung mit der Fähigkeit der ÖVP, das »Grenzproblem« durch massive Konsolidierung in der Mitte zu lösen und damit den *cordon sanitaire* zu stabilisieren, stand Gusenbauer bei der Abfassung seines Textes noch bevor.

3. Gusenbauers Sicht der Dinge teilt die nationalen und europäischen Parteienlandschaften ein in Mitte-Links-Parteien, die für die Demokratie kämpfen, und in die Rechten und Konservativen, die sie durch ihre Anfälligkeit für die extreme Rechte gefährden. Christdemokraten und Liberale sind ihm vorrangig als Verbündete der Mitte-Links-Parteien im Kampf gegen die »Vorherrschaft der Rechten« denkbar.

Mit dieser konfrontativen politischen Struktur veredelt Gusenbauer die politische Rolle und Verantwortung der Mitte-Links-Parteien, also vorrangig der Sozialdemokratie, und denunziert die politische Position der Mitte-Rechts-Parteien. Die zentrale Aufgabe der Sozialdemokraten sei es, die Zukunft der liberalen und pluralistischen Demokratie zu stärken. Sie müsse höheren Erwartungen gerecht werden als die Konservativen, die »sich nicht um die Belange der kleinen Leute kümmern«. Ihr sei es nicht möglich, den rechtsextremen Verführern »mit linkem Populismus zu begreifen«. Kurz gesagt: Dank ihrer moralischen Bindungen trage die Sozialdemokratie die größere Last.

Tatsächlich beraubt Gusenbauer mit seinem Verständnis der Parteienstruktur die parlamentarische Demokratie, die er doch schützen will, ihrer eigentlichen politischen Mitte. Zugleich verhindert er den gleichberechtigten politischen Wettbewerb der Parteien links und rechts der Mitte, also der Volksparteien, um die Mehrheit in der Mitte. Dies jedenfalls ist die Folge seiner Erhöhung der Linken und der Verdächtigung der Rechten. Um des taktischen Vorteils der Linken willen setzt er das politische Gleichgewicht des Ganzen aufs Spiel.

4. Mit der Einseitigkeit seiner Bewertung des Parteienspektrums entwertet Gusenbauer zugleich seine eindrucksvolle und weitgehend zutreffende Analyse der Ursachen rechtspopulistischer Bewegungen. Es ist richtig, dass die Bereitschaft beachtlicher Teile der Wählerschaft, rechtsextremen Parteien Gehör zu schenken, ihren Grund in Ängsten und Unsicherheiten hat, die aus den Folgen des enormen Modernisierungsschubs der letzten Jahrzehnte ebenso erwachsen wie aus dem mit der Globalisierung verbun-

denen Verlust nationalstaatlich definierter und deshalb überschaubarer und politisch handhabbarer Lebensräume. Gusenbauer kann mit Zustimmung der demokratischen Mehrheiten rechnen, wenn er als Ursachen extremistischer Bewegungen die Marginalisierung der Angehörigen der Mittelklasse, die zunehmende Instabilität der sozialen Sicherungssysteme, das Unbehagen gegenüber der Europäischen Union und ihrer Erweiterung, eine vermeintliche Vernachlässigung nationaler Interessen oder das »massive Versagen der etablierten Parteien« benennt, die ihre Entscheidungen hinter verschlossenen Türen »im Interesse einiger weniger Privilegierter« treffen. Parteiverdrossenheit, Versprechen, die nicht gehalten werden können, die Tabuisierung bestehender Probleme, technokratische und arrogante Sprache, politische Selbstblockaden, die Weigerung, sich mit den Anliegen und Sorgen der Wähler zu beschäftigen, sie »herunterzuspielen oder gar zu ignorieren«: diese und weitere Gründe werden benannt.

Gusenbauer beschränkt sich zudem nicht auf die Kritik an den bestehenden politischen Verhältnissen. Er fordert die Sozialdemokratie auf, sich »gerade mit den Themen« zu befassen, »die für uns unangenehm sind und in der Vergangenheit ignoriert worden sind, was einer der Gründe für den massiven Aufschwung unseres politischen Gegners ist«. Dazu gehören für ihn die Kritik an den paternalistischen und bevormundenden Zügen staatlicher Interventionen ebenso wie Fragen des Zusammenlebens in Zeiten zunehmender Mobilität, Integration und Migration oder die Forderung, auf das Gefühl der Unsicherheit »mit mehr als beschwörenden Reden zu reagieren«. Kurz, wie es in der 6. These heißt: »Wir (die europäischen Sozialdemokraten) müssen uns mit den Problemen und Ängsten unserer Bürger befassen« und dies in einer offenen und klaren Sprache. Gusenbauer verdient Anerkennung für die Klarheit, mit der er seine Partei in die Kritik an den bestehenden politischen Verhältnissen einbezieht.

5. So eindrucksvoll Gusenbauers Analyse der bestehenden politischen Zustände ist, so enttäuschend sind die Schlussfolgerungen, zu denen er gelangt. Sie erschöpfen sich in allgemeinen Ermahnungen an seine Partei und dem Ruf nach einem »Bündnis der Demokraten gegen die Erscheinungsform des Rechtsextremismus«, das aber nicht zu einer konturlosen Mitte führen sollte. Antworten oder Wegweisungen für das zukünftige politische Handeln der Volksparteien, die geeignet sein könnten, die bestehenden Defizite zu überwinden, bleibt er uns schuldig.

Das hat zum einen mit seiner Sicht der Parteienlandschaft zu tun. Entscheidend erscheint mir jedoch, dass es Gusenbauer nicht gelingt, zu den strukturellen Ursachen vorzudringen, die es offenbar auch den sozialdemokratischen Parteien so schwer machen, eben die Entwicklungen zu vermeiden, die nicht nur Gusenbauer mit Sorge erfüllen.

Der eigentliche Grund für die wachsende Entfremdung zwischen weiten Teilen der Bevölkerung und den politischen Institutionen in zahlreichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union besteht in einem politischen Dilemma: der prinzipiellen Unvereinbarkeit der gelebten Demokratie und ihrer Bürgergesellschaft mit den Strukturen und politischen Vorstellungen des vormundschaftlichen Staats. Gusenbauer kommt diesem Dilemma nahe, wenn er in seiner zweiten These dazu auffordert, den Staat neu zu erfinden und feststellt, niemand habe »ein Interesse an einem bevormundenden Staat«. Später verlangt er zu Recht, die Kritik am paternalistischen und bevormundenden Staat ernst zu nehmen. Er warnt vor dem paternalistischen Verhalten der politischen Klasse, die »sich von der Öffentlichkeit entfernt und deren aktuelle Gefühle nicht wahrnimmt«.

Mit seiner Antwort auf diese Erkenntnisse versperrt er sich jedoch den Zugang zu einer strategischen Alternative. In seiner zweiten These stellt er fest: »Die Stärkung staatlicher Dienstleistungen [muss] für uns oberste Priorität haben«. Und später gibt es für ihn zum paternalistischen und bevormundenden Staat insbesondere in den Bereichen, in denen langfristige Stabilität und Sicherheit auf dem Spiel stehen, »keine ernst zu nehmende Alternative«.

Zwar ist Gusenbauer überzeugt, dass »traditionelle sozialdemokratische Methoden wie die Umverteilung über die Steuern« nicht mehr möglich sind. Aber an keiner Stelle seines Textes beantwortet er die Frage, wie denn sonst die Expansion staatlicher Aufgaben, die Ausweitung von Wohlstand und Wohlfahrt »auf unsere gesamten Gesellschaften«, die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich und die umfassendere Daseinsvorsorge finanziert werden sollen. Zwar findet sich in Gusenbauers Text immer wieder die Sorge, den staatlichen und politischen Institutionen könne es nicht gelingen, das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen, und der Rat, den Staat nicht mit Aufgaben zu überfrachten, die besser vom Markt bewältigt werden. Aber – und das ist entscheidend – an keiner Stelle stellt Gusenbauer auch nur die Frage, wie eine Ordnung aussehen könnte, die stärker auf Bürgerfreiheit, auf die Fähigkeit zur eigenen Verantwor-

tung, auf die Leistungsfähigkeit der kleinen Lebenskreise und auf Märkte aufbaut und deshalb eine Alternative zum expandierenden Sozialstaat und zur drohenden staatlichen Vormundschaft sein könnte. Der freie, sein Leben und unsere Gesellschaft selbst gestaltende Bürger kommt in seinem Text nicht vor.

Gusenbauer bleibt im System der umfassenden Daseinsvorsorge. Er will es auf ganz Europa übertragen. Zu den Wegen, wie der Regelungsanspruch des Staats und seiner Bürokratie begrenzt werden könnte, ist von ihm nichts zu erfahren. Für ihn bleiben die Bürger mehrheitlich die »kleinen Leute«. Man muss sich um sie kümmern. Man muss sie anleiten, eben bevormunden.

Vormundschaft führt zu Abhängigkeit. Abhängigkeit vom Staat bedeutet Abhängigkeit von staatlichen Bürokratien und anonymen Organisationen. Menschen, die in weiten Bereichen ihres persönlichen Lebens von staatlichen und politischen Strukturen existentiell abhängen, reagieren mit Unsicherheit und Angst, wenn sich diese Strukturen als unzuverlässig erweisen.

Gusenbauer beschreibt die Unzuverlässigkeiten, die technokratische Arroganz, das bürgerferne und autoritäre Verhalten des vormundschaftlichen Staats eindrucksvoll. Aber er sieht zu ihm gleichwohl keine Alternative. So erhofft er sich eine Besserung der Verhältnisse von intensiven moralischen Anstrengungen der demokratischen Kräfte, vor allem der Mitte-Links-Parteien. Auf den Rechtsextremismus antwortet er mit Empörung und moralischer Verurteilung. Er räumt ein, dass dies kein Ersatz für eine gründliche Analyse der Entwicklung sein könne. Aber diese Analyse bietet er uns nicht. Er kann sie auch nicht entwickeln, solange er sich im bisherigen System staatlicher Vormundschaft bewegt. Dessen inhärente Gesetzmäßigkeit verlangt eine ständige »Stärkung umfassender Daseinsvorsorge«. Am Ende steht die sozialstaatliche Refeudalisierung unseres Gemeinwesens. Ein System, lehrt uns Einstein, kann die Fehler, die es produziert, nur vermeiden, wenn es sich ändert. Solange wir an der Fiktion festhalten, expandierende umfassende staatliche Vorsorge sei einer durch die Freiheit und Verantwortungsfähigkeit der Bürger geprägten Alternative überlegen, wird sich die Tendenz zum vormundschaftlichen Staat verstärken und mit ihr seine Nebenwirkungen.

Gusenbauer übersieht, dass nicht nur der Rechtsextremismus, sondern auch die Protagonisten des vormundschaftlichen Staats ihr politisches

Geschäft mit der Angst betreiben. Was für die Rechtsextremisten die Angst vor Kriminalität, Einwanderung und Verlust der nationalen Identität ist, ist für die Linksextremen die Angst vor Armut, dem Verlust sozialer Sicherheit, Arbeitslosigkeit und der Überforderung durch die Moderne und die Globalisierung. Die extreme Rechte bietet als Alternative populistische Vereinfachung und die Hoffnung auf einen charismatischen Führer an, der in der Lage ist, die entstandene Komplexität zu reduzieren. Die Protagonisten des vormundschaftlichen Staates setzen auf den Staat als Problemlöser, auf mehr Gleichheit statt Freiheit und auf die angeblich Sicherheit gewährende Beständigkeit der staatlichen Bürokratien, denen die Bürger vertrauen sollen, auch wenn sie sie nicht durchschauen.

Um die Freiheit des Bürgers geht es in beiden Fällen. In beiden soll er einen Teil seiner Freiheit eintauschen gegen mehr Sicherheit. Je mehr Freiheit ihm auf diese Weise abhanden kommt, um so größer wird seine Abhängigkeit und damit seine Unsicherheit. Sie wiederum soll durch weitere staatliche Daseinsvorsorge überwunden werden. Innerhalb des politischen Koordinatensystems, in dem sich Gusenbauer bewegt, ist dieser Teufelskreis nicht zu überwinden.

Es sind die Auswirkungen dieses Teufelskreises, die Rechtsextremismus ebenso fördern wie die zunehmende Bereitschaft einer immer größeren Zahl von Bürgern, aus dem System auszubrechen. Mit dem Rechtsextremismus expandiert zugleich die Schattenwirtschaft, die Steuerflucht und die Abwanderung der Eliten. Zurück bleibt eine immer schwächere Mitte. Wenn sie sich nicht auf die Kraft der Freiheit besinnt, wird sie zwischen den Extremen von Rechts und Links zerrieben: zwischen dem autoritären Anspruch der Vereinfacher und dem ebenso autoritären Anspruch der Vormünder. Denn beide haben es auf die Freiheit der Bürger abgesehen, die einzige Kraft, die ihr Machtstreben wirklich begrenzen kann.

Dresden, den 11. Dezember 2002

*John Gray*

Wie Alfred Gusenbauer anmerkt, ist das Wiedererwachen des Rechtspopulismus ein Phänomen, das nicht nur einen oder einige wenige europäische Staaten betrifft. Antiliberale Parteien der äußersten Rechten befinden sich überall in Europa auf dem Vormarsch, ob in Skandinavien (Fortschrittsparteien) oder in Italien (Lega Nord), die vielen ähnlich gearteten Parteien in den ehemals kommunistischen Staaten nicht zu vergessen. In einigen Ländern sind sie an der Regierung beteiligt, in anderen operieren sie am Rande der Macht, in jedem Fall aber bestimmen sie zunehmend die politische Agenda.

Angesichts des praktisch europaweiten Charakters dieses Phänomens sollten wir uns hüten, nur oberflächliche Ursachen am Werk zu sehen. Die neue extreme Rechte in Europa ist eine Antwort auf europäische und globale Entwicklungen, denen sich die Parteien der Mitte nicht gestellt haben. Zwar sind die von der populistischen Rechten vorgeschlagenen Lösungen nichts als demagogische Falschmünzerei, aber sie zeugen von einem deutlichen Bewusstsein davon, dass die Globalisierung auch in den reichsten Ländern negative Auswirkungen mit sich bringt. Wie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ergreift die radikale Rechte die Initiative, weil sie begriffen hat, dass der Status quo unhaltbar ist.

In vieler Hinsicht unterscheidet sich der heutige Rechtsextremismus grundlegend von dem der Zwischenkriegszeit, doch nicht alle diese Unterschiede sind erfreulich. Die herrschende politische Wissenschaft deutet die extreme Rechte als politische Fehlentwicklung, die nur unter den Bedingungen einer wirtschaftlichen und politischen Krise auftreten könne. Diese Erklärung greift zu kurz. Die faschistischen und nationalsozialistischen Parteien der Zwischenkriegszeit nutzten die Schwäche der Demokratie in vielen europäischen Ländern aus. Heute jedoch, da die demokratischen Institutionen fest im Sattel sitzen, geht es den Parteien der äußersten Rechten nicht darum, die Demokratie auszuhebeln, sondern sie für ihre eigenen Ziele nutzbar zu machen. In der Zwischenkriegszeit wurde die extreme Rechte durch Arbeitslosigkeit und Hyperinflation an die Macht getragen. Heute prosperiert sie in Ländern mit niedriger Arbeitslosigkeit

und geringer Inflation, in Ländern wie Österreich zum Beispiel, in denen nicht im Entferntesten von einer allgemeinen Wirtschaftskrise die Rede sein kann.

Aber es gibt noch andere Unterschiede. In der Zwischenkriegszeit vertrat die äußerste Rechte in Europa eine korporatistisch und protektionistisch orientierte Wirtschaftspolitik; heute orientiert sie sich ungeachtet aller länderspezifischen Varianten weitgehend am Neoliberalismus. Wie die Parteien der Mitte akzeptiert auch die extreme Rechte die Globalisierung als unausweichliche Entwicklung. Doch im Unterschied zur politischen Mitte hat sie begriffen, dass die Globalisierung nicht nur die Wirtschaft verändert, sondern die Gesellschaft insgesamt, und dies in einer Weise, die von vielen Menschen als unerfreulich und bedrohlich wahrgenommen wird.

Gerade der letztgenannte Sachverhalt scheint mir den politischen Erfolg der äußersten Rechten zu erklären. Die rechtspopulistischen Parteien wissen, dass der freie Waren- und Kapitalverkehr für einen Großteil der arbeitenden Bevölkerung in Westeuropa fallende Löhne bedeutet. Anstatt aber Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftspolitik vorzuschlagen, nehmen sie die Immigranten ins Visier, die in ihren Herkunftslandern vielfach selbst Opfer der Globalisierung wurden. Den Armen in den reichen Ländern erscheint die Massenzuwanderung als unmittelbar wahrnehmbare Globalisierung; in den Augen von Gruppen mit sinkendem Einkommen symbolisieren die Immigranten die mit der Globalisierung einhergehende Unsicherheit ihrer Lebensverhältnisse.

Indem die äußerste Rechte die Zuwanderungsproblematik mit der die Globalisierung begleitenden wirtschaftlichen Unsicherheit verknüpft, kann sie Vorurteile mobilisieren, die wie ein Echo auf die Zwischenkriegszeit wirken. Wir sollten nicht vergessen, dass mit Ausnahme der Liste Pim Fortuyns in den Niederlanden alle rechtsextremen Parteien Europas stillschweigend oder offen antisemitisch sind. Allgemeiner gefasst, huldigen sie mit ihrem Angriff auf äußere und innere Minderheiten einem Ausgrenzungs-Nationalismus, der beunruhigende Parallelen zur Politik der Zwanziger- und Dreißigerjahre aufweist. Der strategische Coup der äußersten Rechten besteht in der Verknüpfung von Nationalismus, Angst vor wirtschaftlicher Unsicherheit und der Entfremdung breiter Bevölkerungsschichten von den EU-Institutionen.

Bei der Umsetzung dieser Strategie wusste die extreme Rechte Missstände

im derzeitigen Institutionengefüge der EU auszunutzen, die zum Teil grundsätzlicher Art sind. Die EU-Politik entbehrt weitgehend der demokratischen Rechenschaftspflicht. Obwohl dies andauernd ein Thema ist, wird nichts unternommen, das Demokratiedefizit zu beseitigen. Der Nationalstaat ist zwar eine höchst zwieschlächtige Angelegenheit, aber er wird wohl auch in absehbarer Zukunft die Obergrenze demokratischer Partizipation bilden. Eine Forcierung des europäischen Einigungsprozesses bedeutet unter diesen Umständen nichts anderes, als dass den demokratisch nicht legitimierten – und als nicht legitimiert wahrgenommenen – EU-Institutionen zusätzliche Machtbefugnisse übertragen werden. Diese Entwicklung kann dem Rechtsextremismus nur zugute kommen, da sie den Parteien der äußersten Rechten die gefährliche Gelegenheit bietet, sich als Verteidiger der Demokratie aufzuspielen.

Ähnliche Gefahren drohen der EU-Politik durch die Einbindung der postkommunistischen Länder. Dass die europäischen Institutionen sowohl vertieft als auch erweitert werden sollten, ist mittlerweile ein Gemeinplatz. Leider stellt diese gerade unter Mitte-Links-Politikern beliebte Forderung eine unmögliche Kombination dar. Es gibt unter den derzeitigen EU-Mitgliedern zu viele Interessenkonflikte, als dass die beiden Prozesse – Vertiefung und Erweiterung – gleich schnell Fortschritte machen könnten. Überdies ist die Osterweiterung mit hohen politischen Risiken verbunden. Der Beitritt zur EU verschafft den neuen Vollmitgliedern freien Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt. Wie wird es sich auf die Wahlergebnisse der rechtsextremen Parteien in Österreich, Deutschland, Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Dänemark auswirken, wenn Arbeitskräfte aus Osteuropa im freien Wettbewerb um die Arbeitsplätze in diesen Ländern konkurrieren dürfen?

Der Aufstieg der extremen Rechten in Europa in den vergangenen zehn Jahren resultiert zum Teil aus den neuen Gegebenheiten der Globalisierung, auf die bislang keine Partei eine angemessene Antwort gefunden hat. Meines Erachtens ist die Globalisierung letztendlich technologisch bedingt, und aus diesem Grund wird niemand sie aufhalten können. Auf der anderen Seite wirkt sie sozial und politisch destabilisierend, vor allem wenn sie durch eine neoliberalen Wirtschaftspolitik verstärkt wird. Die Parteien der Mitte müssen diese Gefahren begreifen lernen, wenn sie in der Lage sein wollen, die Flut des Rechtspopulismus abzuwehren. Und sie müssen begreifen, welche politischen Risiken eine übermäßige Auswei-

tung der EU-Institutionen mit sich bringt. Solange sie sich darüber nicht im klaren sind, wird Europa weiterhin ein Nährboden des Rechtsextremismus bleiben.

London, im Dezember 2002

*Aus dem Englischen von Bodo Schulze*

*Janos Matyas Kovacs*

*Wenn ich mehr Platz hätte,*

würde ich einleitend Gusenbauers Konzept des »Rechtspopulismus« in Frage stellen. Ich würde die typisch *linken* Komponenten des neuen populistischen Denkens in Westeuropa aufzählen und dem Autor die ein wenig hinterhältige Frage stellen, ob er den Österreichischen Gewerkschaftsbund denn ebenfalls als rechtsgerichtete Organisation bezeichnen würde. Schließlich verteidigt auch er – wie die Freiheitliche Partei Österreichs – die Interessen der »kleinen Leute« gegen den globalen Wettbewerb und insbesondere das Lohndumping Osteuropas.

Sodann könnte ich nicht umhin, auf die Erfolgsgeschichte der schwarz-blauen Koalition in Österreich einzugehen, die einen rationalen, wenn auch riskanten und geschmacklosen Weg zeigt, wie eine gemäßigt populistische Partei den radikalen Populismus durch Einbindung domestizieren kann. Man braucht wohl kein begeisterter Konservativer zu sein, um diese »tödliche Umarmung« positiv zu bewerten. Ich würde mich dabei auf die Unterscheidung zwischen modernem und postmodernem Populismus stützen, mit der ich in früheren Untersuchungen experimentiert habe.<sup>1</sup> Anstatt nach explizit nichtpopulistischen Politikformen für die heutigen Wettbewerbsdemokratien zu suchen – oder in Gusenbauers Worten: nach einer populären Politik im Unterschied zu einer populistischen –, würde ich es vorziehen, zwischen gemäßigten (modernen) und radikalen (postmodernen) Versionen des Populismus zu unterscheiden. Einer der Hauptzüge des postmodernen Populismus besteht in seinem Flirt mit vormodernen Ideen von Ethnizität und autoritärer Herrschaft, weshalb er häufig als rechtsgerichtet klassifiziert wird. Berühmt-berüchtigt aber ist der postmoderne Populismus gerade für die nonchalante Verknüpfung von linken und rechten Agenda.

Und schließlich könnte ich, wenn mehr Platz wäre, schwerlich darüber hinwegsehen, wie die österreichischen Sozialdemokraten dem Populismus in ihrem eigenen Land in den vergangenen zwanzig Jahren direkt oder indirekt das Bett bereitet haben. Die wohlbekannten Beispiele reichen von

der ersten rot-blauen Koalition der achtziger Jahre über die alltägliche Parteibuchwirtschaft bis hin zur Einwanderungspolitik des letzten sozialdemokratischen Innenministers oder der EU-Erweiterungsskepsis einflussreicher Gewerkschafter und Landeshauptleute im roten Lager.

*Zweifel und Vorbehalte einmal beiseite lassend,* möchte ich aber guten Glaubens annehmen, dass der Autor über das zweideutige Spiel hinauszugehen wünscht, das seine auf Bruno Kreisky folgenden Vorgänger mit Jörg Haider trieben, jene Mixtur aus politischer Ausgrenzung und teilweiser Übernahme von FPÖ-Themen. Mein Vertrauen fußt auf Gusenbauers Willen, die SPÖ zu modernisieren, wie er unmittelbar nach seiner Wahl zum Parteiobmann verkündete. Gusenbauer spricht in seinem Papier von »Verjüngung«, »Kohärenz«, der Gefahr »konturlos« zu werden, und gibt die Lösung einer »vernünftigen Politik« aus. Seine Thesen verraten ein vorsichtiges, wenn auch ein wenig verspätetes Interesse an einem »Dritten Weg« und rufen zu pragmatischer Suche nach einer neuen sozialdemokratischen Identität auf. Man mag einwenden, diese Suche sei im Kontext der europäischen Sozialdemokratie nichts wirklich Originelles, schlimmer noch: in Österreich münde sie in Ergebnisse, die sich von den Politikvorschlägen der österreichischen Konservativen und/oder Grünen nicht substantiell unterscheiden. Doch auf seine eigene Partei bezogen kann Gusenbauer durchaus als Modernisierer gelten, obwohl es nach Parteiführern wie Franz Vranitzky und Viktor Klima nicht sonderlich schwer ist, diesen Titel zu erringen.

Der Leser möge die folgenden Ausführungen als mehr oder weniger impressionistische Eindrücke eines in Wien lebenden ungarischen Sozialwissenschaftlers nehmen, der zwar nicht über Österreich forscht, aber der Versuchung nicht widerstehen kann, die Vorgänge in diesem Land durch das Prisma Osteuropas zu beobachten. Meine Anmerkungen wurzeln in dieser *déformation professionnelle*.

#### *Welchen Stellenwert nimmt Osteuropa*

in Gusenbauers Überlegungen zum Populismus ein? Obwohl sein Beitrag von einem starken Verantwortungsgefühl für die politische Kultur ganz Europas zeugt, spielt der ehemalige Ostblock in seiner Zukunftsvision kaum eine Rolle. Und wo er darauf zu sprechen kommt, erscheinen die osteuropäischen Länder ausschließlich als passives Objekt der *Osterweite-*

rung. Ich finde diese Schiefansicht symptomatisch und zugleich befremdlich bei einem Politiker, dessen Land von nicht wenigen EU-Neumitgliedern umgeben ist.

Nur an zwei Stellen kommt Gusenbauer ausdrücklich auf Osteuropa zu sprechen:

1. Wir müssen »unsere klare Zustimmung zu einer gut vorbereiteten Erweiterung der Europäischen Union geben. Letztendlich sollte niemandem der Zugang zu einer Sphäre des Friedens, des Wohlstands und der wirtschaftlichen Stabilität auf unserem Kontinent verwehrt werden.«
2. »(...) der EU-Konvent [muss] Ergebnisse erzielen, die einen Schritt hin zu einer sozialen Union und zu wesentlich mehr Demokratie und Transparenz bedeuten. Dies wäre auch ein entscheidender Sieg im Kampf gegen den Rechtspopulismus. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für die Erweiterung der Europäischen Union.«

Die Botschaft an die Osteuropäer ist deutlich: Bereitet euch gewissenhaft vor, dann werdet ihr ab einem bestimmten Zeitpunkt Zugang zu einer »sozialen Union« Europas erhalten. Ich fürchte, beide Teile dieser Botschaft bedürfen grundsätzlicher Revision. Nach meinen Erfahrungen weckt dieser Diskurs bei den Meinungsführern der Kandidatenländer großes Misstrauen. Viel zu oft sahen sie sich in den letzten zehn Jahren durch österreichische Politiker provoziert, die sich einer Mischung aus Paternalismus (»Wir führen euch in die EU«), hohlen Phrasen über gegenseitige Interessen (»Es ist für beide Seiten besser, wenn ihr auf den Beitritt gut vorbereitet seid«) und Bremsmanövern hinter den Kulissen befleißigten. Auch die Idee von einem sozialen Europa mag den »Kleinen Tigern« Mitteleuropas wenig nachvollziehbar erscheinen, wurden sie nach dem Zusammenbruch des Kommunismus doch gezwungen, manch eine Hürde der Globalisierung zu nehmen und ihre Wirtschaft und Gesellschaft beträchtlich zu »amerikanisieren«.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Mir liegt es fern, die Rhetorik des Wiedervereinigungsprozesses zu geißeln und über den weit verbreiteten Gebrauch asymmetrischer Begriffe wie »Kooptation«, »Adoption« oder »Beitritt« zu lamentieren. Osteuropa erscheint in dieser Begrifflichkeit entweder als passives Objekt oder als betüteltes Subjekt, dem man großzügigerweise eine Aufstiegschance bietet. Asymmetrie zeichnete meines Er-

achtens die Realpolitik von gestern aus. Obwohl dieser Pragmatismus auch heute noch in einem gewissen Maße legitim ist, wird die darin zum Ausdruck kommende Perspektive morgen vielleicht schon obsolet sein. Was ich von einem Politiker wie dem Autor erwarte, ist kein Loblied auf die Gleichheit der Völker Europas. Dies würde nur an der Oberfläche des Orientalismus (im Sinne Edward Saids) kratzen, der einen gewissen Ost-West-Diskurs prägt, in dem kein Raum ist für einen Platzwechsel zwischen zwei Ländern, die einander jahrhundertelang an einer unüberwindlichen Grenze, zuletzt Eiserner Vorhang genannt, gegenüberstanden. Ich mache mir Sorgen über die tieferen Schichten dieser Haltung, im vorliegenden Fall um jene Schwierigkeiten des Erweiterungsprozesses, die nicht von der angeblichen Passivität der »Ostler« herrühren, sondern im Gegenteil aus den Folgewirkungen ihrer Aktivität resultieren.

*Diese Folgewirkungen werden gewöhnlich in Aktiva und Passiva sortiert.* Die Passiva bilden ein klassisches Thema des orientalisierenden Diskurses. Darunter fallen alle möglichen Probleme der Rückständigkeit – niedrige Produktivität, Korruption, Massenalkoholismus –, die durch den Prozess der »Zivilisierung« zu überwinden seien. Gusenbauer hat ohne Frage das Verdienst, dass er die Neuankömmlinge nicht wie die Populisten dämonisiert. Wir dürfen die Ängste der Menschen nicht außer acht lassen, sagt er, aber wir müssen pragmatischere und aufrichtigere Antworten finden als die Populisten. Ich fürchte jedoch, dass sich sein auf Schadensbegrenzung zielender Pragmatismus als zu defensiv herausstellen könnte. Anstatt die Hauptpassiva der Neumitglieder zumindest versuchsweise aufzulisten, konzentriert sich Gusenbauer auf die Frage, wie man die Populisten daran hindern könnte, sie für sich zu instrumentalisieren. »Die Erweiterung erfolgreich durchführen«, sagt er kryptisch.

*Ich versetze mich kurz an die Stelle des Autors*

und übertreibe ein wenig. Gusenbauer könnte folgendes gesagt haben: »Als Parteiobmann der SPÖ treffe ich regelmäßig mit führenden Sozialdemokraten aus den Kandidatenländern zusammen. Es ist für mich jedes Mal ein Kulturschock, wenn sie die Sprache Tony Blairs mit starkem Hayek-Akzent sprechen. Gelegentlich äußern sie sich begeistert über die Globalisierung und die Privatisierung, und sobald sie an der Regierung sind, tun sie ihr Bestes, den Wohlfahrtsstaat abzubauen und die Gewerkschaften

zu schwächen. Sie reden gerne über Unternehmertum und Effizienz, weniger gern über die Arbeiterklasse und soziale Gerechtigkeit. Sie tendieren dazu, die Gesundheits- und Rentensysteme dem Markt zu überlassen, scheuen sich vor einer strikteren Regulierung des Arbeitsmarkts, tolerieren die Polarisierung der Einkommen usw. In der Konsequenz werden sie unserem ›sozialen Modell Europa‹, was auch immer damit gemeint sein mag, wohl offenen oder versteckten Widerstand entgegensetzen. Wenn sich in Osteuropa sogar die Sozialdemokraten dem ›Wilden Osten‹ verschreiben, was wird man dann erst von den Konservativen und ihrer Wählerschaft erwarten müssen? Wenn die politische Elite solche Ansichten vertritt, weshalb sollten wir da annehmen, dass sich die neuen Unionsbürger, ob als Arbeitgeber oder als Arbeitnehmer, an unsere Normen und Regeln halten? Offensichtlich werden sie ihre eigenen kulturellen Muster in die EU hineinragen: Sie werden versuchen, die Steuern zu umgehen (zumindest öfter als wir), sie werden längere Arbeitszeiten, ein höheres Rentenalter und Wohlfahrtsregime auf der Grundlage von Selbstverantwortlichkeit akzeptieren, sie werden nicht davor zurückschrecken, die Behörden zu bestechen, ihre Vertragsdisziplin wird relativ schwach ausgeprägt sein, die Zahl informeller Transaktionen vergleichsweise hoch, ihre Seilschaften in Geschäftsangelegenheiten fest gefügt, und so weiter und so fort.

Gleichwohl werden wir Sozialdemokraten *nicht* davor zurückschrecken, uns der historischen Aufgabe der Osterweiterung zu stellen, weil die sozioökonomische Kultur der Neumitglieder nicht nur ein Passivum darstellt, sondern auch ein Aktivum, nicht nur eine Hypothek, sondern auch ein Kapital. In den letzten zehn Jahren dienten uns diese Länder als Versuchsfelder der Globalisierung. Ungeachtet aller Risiken werden wir mit ihrer Hilfe vielleicht im Stande sein, eine ganze Reihe institutioneller Rigiditäten (Staatspaternalismus, Korporatismus, Überregulierung usw.) zu überwinden, eine Unbeweglichkeit, die die private Initiative im Inland bremst und unsere Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt untergräbt. Es ist höchste Zeit, von ihnen einige kapitalistische bzw. bürgerliche Tugenden zu erlernen (oder sie mit ihrer Hilfe wiederzubeleben), zum Beispiel die Fähigkeit, hart zu arbeiten, mehr Risikobereitschaft, Umgang mit Netzwerken, zivilgesellschaftliches Selbstbewusstsein. Vielleicht können wir die Standards des sozialen Europa nur auf diese Weise aufrecht erhalten.«

Ich bin mir völlig darüber im klaren, dass ein Teil dieses Räsonnements in Österreich bereits von Jörg Haider besetzt ist. Gewiss, die FPÖ verknüpft ihre Kritik am Korporatismus mit heftiger Anti-Erweiterungs-Rhetorik. Sie befürwortet eine langatmige Vorbereitungsphase, will den Beitrittskandidaten keine Versprechungen machen, stellt zusätzliche Bedingungen (etwa die Abschaffung der Benes-Dekrete) und demonstriert eine starke Fremdenfeindlichkeit. Es liegt mir fern, Haiders Herangehensweise an die EU-Erweiterung mit der Gusenbauers gleichzusetzen, ich muss aber doch feststellen, dass der Autor um fünf vor Zwölf vor dem Beitritt noch immer mit einem Fuß in der Falle der Freiheitlichen festhängt. Nolens volens hat er sich darin verfangen, wenn er dem Leser versichert: Wir Sozialdemokraten treten für eine »gut vorbereitete« Erweiterung ein; wir wollen den Beitrittsprozess durch »vernünftige Politik« und Bürgerbeteiligung regeln. Mit anderen Worten: Keine Panik! Geht es nach uns, werden wir dafür sorgen, dass sich die neuen Mitglieder an unsere Normen anpassen. Gusenbauer ist sich sicher: Die europäische Integration ist »zunehmend zu einem Projekt der europäischen Sozialdemokratie geworden«.

*Genau dies meinte ich,*

als ich Gusenbauers Argumentation als defensiv bezeichnete und ihm vorwarf, sein Ansatz beruhe auf Schadensbegrenzung und einer kurz-sichtigen Version von Realpolitik. Das andere Extrem bestünde in einer Liebeserklärung an Osteuropa und/oder in einer moralischen Selbstverpflichtung ihm gegenüber. Zwischen diesen beiden Positionen bleibt jedoch genügend Raum für die nüchterne Feststellung, dass die Europäische Union das »andere Europa« heute dringend braucht. Und dieser Bedarf bezieht sich nicht nur auf Osteuropas Arbeitskräfte, Warenmärkte und Investitionschancen, auch nicht nur auf seinen geopolitischen Status, sondern vor allem – und vermehrt – auf die Bedeutung der Normen, Fertigkeiten und Werte seiner Bürger für das, was nach dem Wohlfahrtskapitalismus kommen mag. Die Anerkennung dieser Tatsache ist meiner Überzeugung nach die Vorbedingung für eine – man verzeihe das Oxymoron – weitsichtige Realpolitik für morgen. Allerdings setzt diese neue Zukunftsvision voraus, dass man zunächst einmal die alte in Frage stellt. Dazu gehört auch die österreichische Identität, die noch immer auf dem Selbstbild vom Parlamentär und Sanitäter zu beruhen scheint:

Österreich, das Land, das den schwächeren Nachbarn hilft, aus purem Altruismus.

Wien, im Februar 2003

*Aus dem Englischen von Bodo Schulze*

*Anmerkungen*

- 1 Vgl. Janos M. Kovacs, »Haider in Ungarn. Notizen zum postmodernen Populismus«, in: *Transit* 11, 1996, S. 182-198, sowie »Unsichere Geister. Populisten und Liberale im postkomunistischen Ungarn«, in: Peter L. Berger (Hg.), *Die Grenzen der Gemeinschaft*, Gütersloh 1997, S. 199-251.

»Wir müssen uns mit den bestehenden Problemen beschäftigen und Lösungen entwickeln«, fordert Alfred Gusenbauer. Recht hat er! »Die Abgehobenheit der politischen Inhalte wird oft begleitet von einer Abgehobenheit des politischen Stils.« Wie wahr! Wenn vollmundige Versprechen gemacht werden, die niemals erfüllt werden können, bekommen die Menschen den Eindruck, »dass eine Partei nicht kompetent genug sei, ihre Probleme zu lösen«. Bravo! »Wir wollen uns«, fährt Gusenbauer fort, »nicht über die Tatsache beklagen, dass an die Sozialdemokratie auch hier wieder strengere Maßstäbe angelegt werden als an die Rechte.« Ach so?

Eine Mixtur aus Selbstverständlichkeiten und Selbstgerechtigkeiten ergibt noch kein Strategiepapier. Wo die Diagnose lückenhaft bleibt, ist auch keine wirksame Therapie zu erwarten. So blendet Gusenbauer systematisch den aktiven Beitrag europäischer Sozialdemokraten und Sozialisten zum Aufstieg rechtsradikaler und rechtspopulistischer Parteien und Parteiführer aus. Dass der Linksmachiavellist François Mitterrand die Nationale Front (FN) durch Wahlrechtsreformen gefördert hat, um die Mehrheitsfähigkeit der französischen Mitte-Rechts-Parteien zu zerstören, ist kein Geheimnis. Und dass die SPÖ bislang keinerlei Berührungsängste gegenüber der FPÖ hatte, wann immer es um die eigene Macht ging, wissen wir seit Bruno Kreisky.

Wenn zwei das gleiche tun, ist es freilich noch lange nicht dasselbe. Deshalb kann Gusenbauer in aller Unschuld »Haltet den Dieb!« rufen. Fast beiläufig formuliert er die Behauptung, Mitte-Rechts-Parteien gäben »viel zu früh« den »Lockungen der Macht nach« und bewegten sich »gemeinsam mit ihrem Partner hin zu den äußersten Grenzen dessen, was in einer Demokratie noch akzeptabel ist«. Ein massiver Vorwurf – und zudem ein Beispiel für die Unsitte, den politischen Gegner als unanständig hinzustellen. Der Blick nach Frankreich hätte Gusenbauer eines Besseren belehrt. Dort sind die bürgerlichen Parteien der Strategie Jacques Chiracs gefolgt, jegliche Kooperation und Koalition mit der FN zu verweigern – auch um den Preis des Verlusts parlamentarischer Mehrheiten. Nicht anders in Deutschland: Wann immer dort im Lauf der vergangenen Jahrzehnte

NPD, DVU (Deutsche Volksunion) oder REPs (»Republikaner«) kommunale oder regionale Wahlerfolge erzielten, wurde den Unionsparteien CDU und CSU zwar unterstellt, sie würden um der Macht willen über kurz oder lang eine »Haselnusskoalition« (schwarz-braun) anstreben. Doch nichts dergleichen passierte. Die von den deutschen Christdemokraten systematisch ausgegrenzten Rechtsradikalen verschwanden oft schon nach einer Legislaturperiode wieder aus den Gemeinde- und Landesparlamenten.

Populistische Anti-Politik bezieht ihre Magie aus dem pathetischen Gestus der Rebellion gegen das Establishment – hier ist Gusenbauer zuzustimmen. Damit ist zugleich erklärt, weshalb populistische Parteien dazu verurteilt sind, an ihrem Erfolg zu scheitern. Sobald sie nämlich selbst zum Establishment gehören, setzt der Prozess der Entzauberung ein – so ist es Haiders FPÖ in Österreich ergangen und der Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden, so ergeht es auch der »Schill-Partei« im Hamburger Rathaus. Eine ähnliche Erfahrung machen übrigens linksradikale und links-populistische Parteien – wie zum Beispiel die ostdeutsche PDS in der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern und im Berliner Rathaus.

Zu den Erfolgsrezepten radikaler und populistischer Parteien gehört – das betont Gusenbauer zu Recht – die Reduktion der komplexen Wirklichkeit auf scheinbar klare Antagonismen. Allerdings bedient sich auch sein Strategiepapier eines binären Codes, der keineswegs so voraussetzungslos ist, wie er auf den ersten Blick anmuten mag.

Ganz traditionalistisch unterscheidet Gusenbauer zwischen »der« Linken und »der« Rechten – als hätte es so innovative Ansätze wie die »New Democrats« (Bill Clinton), den »Third Way« (Tony Blair) oder die »Neue Mitte« (Gerhard Schröder) nie gegeben. Ebenfalls ganz traditionalistisch lädt Gusenbauer das Links-Rechts-Schema moralisch auf: Die Linke ist weltoffen, die Rechte macht Grenzen dicht. Doch halt! Waren es nicht vor allem Mitte-Rechts-Parteien, die das Projekt der europäischen Einigung, einschließlich der EU-Erweiterung, initiiert und maßgeblich vorangetrieben haben?

Auffällig ist die begriffliche Unklarheit des Strategiepapiers bei der Bezeichnung seines Gegenstands. Es grenzt Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus nicht gegeneinander ab, sondern wirft alles in einen Topf. Da ist ständig die Rede von der »Rechten« – und

dazwischen von der »neuen Rechten«, der »radikal populistischen Rechten«, der »nationalistischen und populistischen Rechten«, dem »gesamten rechtsextremen populistischen Spektrum«, den »neueren rechtsextremen Parteien«, natürlich auch dem »Rechtspopulismus« und schließlich sogar den »Populisten« schlechthin. Mit Sympathie für Rechtspopulismus hat es nichts zu tun, wenn man darauf aufmerksam macht, dass es einen prinzipiellen Unterschied gibt zwischen Gruppierungen, die den gewaltsausüben Umsturz der freiheitlichen Demokratie anstreben, und Parteien, die den liberalen Verfassungsstaat nicht in Frage stellen.

Die begriffliche Unklarheit ist vermutlich Teil einer Delegitimierungsstrategie, deren eigentliches Ziel die Mitte-Rechts-Parteien sind. Auch ihnen pappt Gusenbauer gelegentlich das Allerweltsetikett »die Rechte« ans Revers. Da Christdemokraten und Konservative zumindest halbe »Rechte« sind und daher (so dürfen wir schlussfolgern) eine größere Nähe zur braunen Schmuddelecke aufweisen als Sozialdemokraten und Sozialisten, sind sie – im Gegensatz zur demokratischen Linken – weder fähig noch befugt, den rechtspopulistischen Tiger zu reiten.

Zur sozialdemokratischen Freund-Feind-Unterscheidung gehört auch Gusenbauers Einteilung der Liberalen in eine gute Fraktion ohne das Präfix »Neo-« und eine böse mit diesem Zusatz. So nimmt es auch nicht wunder, dass Rechtspopulisten neoliberalen Gedankengut durchaus aufgeschlossen sein sollen – ihr wirtschaftspolitischer Standort liegt angeblich irgendwo »zwischen Neoliberalismus und radikalem Protektionismus«.

Gewiss, der rasante Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft erzeugt Ängste – aber ist es in der Hauptsache die Globalisierung, die den Reformdruck erzeugt? Bedroht nicht vor allem auch die dramatische Alterung der europäischen Gesellschaften – also ein hausgemachtes Problem – die Stabilität des Renten- und Gesundheitssystems? Für Gusenbauer scheint das eher ein Seitenthema zu sein: »Und daneben (sic!)«, merkt er an, »werden die endlosen Debatten über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme fortgeführt, wobei immer auf die Vorteile geschielt wird, die andere geographische Standorte bieten«. Vielleicht sind es weniger die »endlosen Debatten«, die Unsicherheit erzeugen, als der allzu offensichtliche Mangel an Mut, unpopuläre Wahrheiten auszusprechen.

Gusenbauer räumt ein, dass »ein nicht unbedeutlicher Teil« des Wählerpotentials der Mitte-Links-Parteien »die neue Rechte unterstützt«. Er

wendet sich gegen »die Tabuisierung bestehender Probleme« und eine »falsch verstandene *Political Correctness*«. Das alles ist lobenswert. Dennoch hätte man gern genauer gewusst, wie es zur Überschneidung der Wählerpotentiale kommt. Zufall oder nicht? Was hat es zu bedeuten, dass in einigen Regionen Ostdeutschlands ein beachtlicher Teil der Wählerschaft zeitweilig sowohl mit der PDS als auch mit der DVU sympathisiert hat? Gibt es möglicherweise eine ideologische Verwandtschaft zwischen proletarischem und völkischem Kollektivismus – mit dem westlichen Individualismus als gemeinsamem Gegner? Und: Ist der Rechtspopulismus vielleicht so etwas wie der Sozialdemokratismus des dummen Kerls?

Es gibt wohl Konjunkturen des Populismus. Im Augenblick fallen seine Aktien. Die Bruchlandung des deutschen FDP-Politikers Jürgen W. Möllemann, der seine Partei »haiderisieren« wollte, wird den Börsenkurs weiter drücken. Das ist erfreulich – aber wohl kaum ein Verdienst der »etablierten Parteien«. Woran liegt's dann? »Das Volk, der große Lümmel« (Heinrich Heine) hat anscheinend begriffen, dass Populisten sich zwar aufs Krawallmachen, nicht aber aufs Problemlösen verstehen.

Bonn, im Dezember 2002

Ein brenzlicher Geruch steigt auf aus verschiedenen Räumen des »gemeinsamen europäischen Hauses«. Niemand wird die Niederlage der Haider-Partei in den österreichischen Wahlen vom November 2002 als ein Signal der Entwarnung missverstehen. Alfred Gusenbauer hat recht mit der These, dass wir es bei den rechtspopulistischen Parteien nicht »mit unbedeutenden Randphänomenen westlicher Demokratien zu tun« haben. Die Frage ist deshalb, von welchen Entwicklungen und Strategien man sich eine Eindämmung der neuen rechtspopulistischen Parteien und ihrer Wahlerfolge versprechen kann.

Mit diesen Parteien hat ein Typ von Akteuren in den europäischen Demokratien Einzug gehalten, den man auf der Rechts-Links-Achse schwer lokalisieren kann. Jedenfalls dann nicht, wenn man, wie es weithin üblich ist, die Liebhaber von Deregulierung und Privatisierung einerseits, und die Verteidiger konservativer Werte in Schule, Familie und Medien andererseits der »Rechten« zurechnet – das ergibt eine recht bunte Mischung. Das rechte Ende des Spektrums hat sich sozusagen in drei Richtungen verzweigt, die Marktliberale, die Konservativen und die Vulgär-nationalisten. Der »populistische« Stil ihrer Mobilisierung weist bei den neuen Rechten Merkmale auf, die bei den Kampagnen der Marktliberale wie der Konservativen kaum anzutreffen sind.

Dazu gehören die hohe Personalisierung einer leitenden Figur, die oft außerhalb der offiziellen Kanäle der Politik den direkten Kontakt zum »einfachen« Volk sucht, das mit einfachen Wahrheiten und protektionistischen Versprechungen ins Wohlfühl einer homogenen Gemeinschaft mit einheitlichem Willen versetzt wird. Dieser durch die Führungsfigur vermittelten Einheit stehen eine Reihe von inneren und äußeren Feinden und ängstigenden Akteuren gegenüber. Ihnen wird mit häufig rüpelhaften, nicht immer nur verbalen Attacken der Kampf angesagt. Vulgär und tückisch sind auch die Mittel, mit denen im Inneren dieser Parteien Positionskämpfe ausgetragen und Nachfolgekrisen bewältigt werden. (Womöglich hat dieser Hang zu wüsten persönlichen Angriffen selbst auf Gesinnungsgenossen dazu geführt, dass der Erfolgstrend der Rechtspopulisten

bisweilen durch eigenes Verschulden gebrochen wurde. Dafür ließen sich österreichische, deutsche, niederländische und französische Beispiele anführen.) In Deutschland hat das antisemitische Irrlicht Möllemann versucht, dieses Erfolgsrezept auszuprobieren.

Das Protektionsversprechen, das den »kleinen Leuten« Gerechtigkeit bringen soll, stellt drei Arten von Sicherheit in Aussicht:

1. physische Sicherheit vor kriminellen Angriffen, also Polizei- und Grenzschutz und hartes Durchgreifen der Strafjustiz;
2. soziale Sicherheit für die Modernisierungs- und Europäisierungsverlierer, einschließlich des agrarischen und gewerblichen Mittelstandes;
3. die Sicherung der Märkte gegen ausländische Waren, vor allem aber des Arbeitsmarktes gegen Migranten.

Dabei werden Europa und die europäische Integration als ängstigende Ursachen der Bedrohungen herausgestellt, gegen die die neue Rechte Schutz anbietet oder fordert. Die nationalistische Gegnerschaft zur europäischen Integration ist ein Angebot auf dem politischen Markt, für das es offenbar eine wachsende Nachfrage gibt. Der manchmal plötzliche und spektakuläre Aufstieg von Figuren wie Pia Kjaersgaard in Dänemark, Umberto Bossi und Gianfranco Fini in Italien, Pim Fortuyn in den Niederlanden folgt den Pionieren des neuen Typs von Bewegungspartei wie Le Pen in Frankreich, Haider in Österreich und Carl Hagen in Norwegen. Im französischen Wahlkampf von 2002 hat Le Pen sich selbst als jemanden beschrieben, der in sozialen Angelegenheiten links steht, in wirtschaftlichen rechts und in allen anderen Angelegenheiten Nationalist ist. Daher die diffuse Zusammensetzung des Wählerpotentials des Rechtspopulismus. Wo ihre Mobilisierung Erfolg hat, gewinnen sie in der Tat aus allen politischen Lagern (außer aus dem grün-alternativen Spektrum).

Das alles ist, nicht nur für die Parteien, die Wähler verlieren, gewiss unerfreulich. Aber ist der neue Rechtspopulismus auch als eine Gefahr für den Bestand der liberalen Demokratie oder der europäischen Integration zu werten? Eine solche Gefahr ist heute nicht manifest, kann aber für die Zukunft der EU dann nicht ausgeschlossen werden, wenn sie ihre eigenen Defizite nicht bewältigt. Vielfältig wird sich, soviel ist für die Zeit nach der Osterweiterung absehbar, die Deutung prekärer sozialer Lagen als Integrationsfolge anbieten; dafür wird schon das autoritär-protektionistische Wählerpotential sorgen, das den Zusammenbruch des Staatssozialismus

unbeschädigt überlebt hat. Heute wird man allenfalls von einer mittleren Gefahrenstufe sprechen können, von einem fühlbaren Stör- und Destabilisierungspotential dieser Parteien. Die Unberechenbarkeit ihres Kampagnen- und Koalitionsverhaltens, die charakteristische Plötzlichkeit ihrer wahlpolitischen Gewinne wie Verluste, das Droh-, Protest- und Obstruktionspotential, das sie gegen etablierte Parteien und amtierende Regierungen mobilisieren können, sowie die Konzessionen, die sie diesen Parteien und Regierungen abfordern können – all das sind Anzeichen dieses Schädigungspotentials; ganz abgesehen von den Schäden, die sie an Willen und Bewusstsein erheblicher Teile der Wählerschaft und damit der politischen Kultur insgesamt anrichten können.

Angesichts dieser schädlichen Auswirkungen ist es sicher besser, alle die Dinge zu tun und Anstrengungen zu unternehmen, die Gusenbauer vorschlägt; besser jedenfalls, als sie nicht zu tun. Indes fällt auf, dass die meisten seiner Vorschläge sich auf das Design von Kommunikationsstrategien beziehen: Sie sagen nicht, was man bewirken muss, sondern wie man reden soll. Der Verfasser zählt eine Reihe von durchaus plausiblen Empfehlungen dafür auf, etwa dass man bestimmte Anliegen nicht ignorieren, einen bestimmten Eindruck nicht entstehen lassen darf, Antworten auf wichtige Fragen parat haben muss, sich mit Themen befassen muss bzw. sie nicht meiden soll, vor allem gewisse Fragen nicht der Rechten überlassen soll usw.

Nun ist selbst in einer »von den Medien beherrschten Gesellschaft« Politik nicht allein eine Sache von Sprechakten; zur Politik gehört ebenso das verantwortliche Entscheiden über Rechte und Ressourcen. Gusenbauer bezeichnet klar das »Gefühl des Unbehagens gegenüber einer Europäischen Union, deren Nutzen für die Bürger in ihrem Alltag nicht klar erkennbar ist oder ihnen nicht ausreichend erläutert wird.« Mit Verlaub – das ist eine unvollständige Bezeichnung dessen, was an Erklärungen bzw. Abhilfen für dieses »Gefühl des Unbehagens« in Betracht kommt. Denn vielleicht ist jenes Gefühl nicht durch rhetorische Erkenntnishilfe oder ausreichende Erläuterung aus der Welt zu schaffen, sondern einzige und allein dadurch, dass europäische Tatsachen geschaffen werden, deren Nutzen den »Bürgern in ihrem Alltag« ganz von alleine aufgeht. Recht allgemein heißt es in dem Papier, dass »Europa funktionieren und Ergebnisse aufweisen muss«, wenn es ein »Projekt seiner Bürger werden« soll.

Hier wäre es interessant gewesen zu erfahren, was genau gemeint ist mit dem »Funktionieren« Europas und seiner Chance, in den Augen der Bürger zum »Projekt« zu werden, das sie als ihr eigenes anerkennen. Wenn etwas noch nicht recht »funktioniert« und zum Projekt erst »werden« soll, dann gibt es offenbar Defizite. Die Politik hätte die Frage zu beantworten, worin diese Defizite bestehen und wie man sie überwinden kann – eine Auskunft, die man von ihr wohl verlangen darf.

Unter den Defiziten, die das EU-Europa belasten, ist das »Demokratiedefizit« das bekannteste. Vielleicht ist daher auch seine Überwindung, u. a. wegen der Tätigkeit des Verfassungskonvents, bereits am weitesten fortgeschritten. Ich möchte deshalb drei andere Defizite anführen, deren überzeugende Bewältigung Europa zum »Funktionieren« bringen (und gleichzeitig eine Reihe der rechtspopulistischen Mobilisierungsthemen aus dem Verkehr ziehen) könnte.

1. Europa ist keine nationalstaatliche Republik im Großformat. Während in der Geschichte neue Zuschnitte von politischen Einheiten und Herrschaftsgebieten immer entweder mit der militärischen Unterwerfung von Gebieten oder mit ihrer Befreiung einhergingen, scheiden beide Optionen für Europa aus. Die erste ohnehin, und die zweite deswegen, weil die Fusion der nationalstaatlichen Souveränitäten kein »Freiheitssurplus« böte, nicht einmal einen Gewinn an internationaler Friedenssicherung. Frei und sicher *sind* die Mitgliedstaaten bereits. Auch die Suche nach dem einenden Band der europäischen Kultur und einer darauf gegründeten europäischen Identität sollte als ergebnislos abgebrochen werden. Jedenfalls wird die positive Selbstbeschreibung (und implizite Selbstverpflichtung) von Personen als »Europäer« auf lange Sicht ein Elitenphänomen bleiben. Daran können auch die aktuellen Versuche nicht viel ändern, Europa eine negative Identität zu verpassen und es entweder durch seinen Kontrast zur islamischen Welt zu definieren, wie Konservative es gern tun, oder durch den (nur vermeintlich) »linken« Kontrast zu den Vereinigten Staaten. Demnach wird die EU ein Staatenverbund werden und bleiben, in dem seine Mitglieder geringere oder größere Teile ihrer Souveränität auf supranationale Instanzen übertragen. Das Defizit an europäischen Identitätsgefühlen ist leicht erklärbar und in seinen Folgen harmlos; gegen die nationale kann eine »europäische« Identität ohnehin nicht ankommen.

2. Weitaus beunruhigender ist ein anderes Defizit – das Defizit an nationalstaatlicher Regierungsfähigkeit. Zwar bleiben wichtige Bereiche

der Politik – Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie die Bereiche Arbeitsmarkt und Beschäftigung – nominell in nationalstaatlicher Zuständigkeit. Aber die Tatsachen des europäischen Wettbewerbs, der Europäischen Zentralbank und zunehmend auch die europäischen Rechtsnormen mit ihren direkten Effekten wirken darin zusammen, entweder die Probleme in den genannten Politikbereichen zu verschärfen oder nationale Regierungen daran zu hindern, diese Probleme mit nationalstaatlichen Bordmitteln zu bewältigen. Dieses Defizit an nationalstaatlicher Aktionsfähigkeit könnte nur dann überwunden werden, wenn

3. das EU-Defizit an *supranationaler* Regierungs- und Entscheidungskompetenz ausgeglichen würde. Es ist bekannt, was dazu nötig wäre: ein Entscheidungsverfahren, das so leistungsfähig ist, dass jede Norm für die gesamte EU durchgesetzt werden kann, sofern bei der Beschlussfassung eine absolute Mehrheit sowohl der Staaten wie der von ihren Regierungen vertretenen Bürger für diese Norm votiert. Ebenso nötig wären europäische fiskalische Hoheitsrechte, die es der EU erlauben würden, nach Maßgabe dieser Entscheidungsregel Steuern zu erheben und diese mit der beabsichtigten Wirkung einer Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten für europäische Zwecke auszugeben. Auf diese Weise könnte nämlich das Niveau der Politik- und Steuerungsfähigkeit, das auf nationalstaatlicher Ebene verlorengegangen ist, auf supranationaler Ebene wiederhergestellt werden.

Wenn auf diese Weise z.B. eine gesamteuropäische Wachstums- und Beschäftigungspolitik zustande käme, dann brauchte der »Nutzen Europas für die Bürger in ihrem Alltag« ihnen nicht mehr »erläutert« zu werden; er läge auf der Hand. Statt die Identität der Bürger zu europäisieren, liefe das auf die politische Anstrengung hinaus, Europa zur Agentur einer die Mitgliedstaaten in ihrer Gesamtheit begünstigenden Wirtschafts- und Sozialpolitik zu machen, zur Baustelle einer spezifisch europäischen Version des regulierten Kapitalismus. Wenn das gelänge, dann entfielen zum großen Teil die Ängste, die Nährboden und Erfolgsbedingung der rechtspopulistischen Mobilisierung bilden.

Berlin, im Dezember 2002

*Alfred Gusenbauer*  
EINE REPLIK

Einleitend sei auf den Zweck und den Entstehungszusammenhang meines Papiers hingewiesen: Der Text ist als Diskussionsanstoß für strategische Überlegungen der europäischen Mitte-Links-Parteien in der Auseinandersetzung mit der radikalen Rechten gedacht. Weder liegt ihm somit ein wissenschaftlicher Anspruch zugrunde, noch kann oder soll er das Ende eines politischen Diskussionsprozesses vorwegnehmen.

Wie notwendig es ist, diese Debatte – auch über den Kreis der gemäßigten Linken hinaus – endlich ernsthaft zu führen, beweisen nicht zuletzt manche der Kommentare: Es wird die politische Mitte nicht stärken, wenn sie das Phänomen der neuen radikalen Rechten lediglich zum Anlass nimmt, den jeweils anderen Teil des gemäßigten Spektrums zu denunzieren. Meine Absicht ist das jedenfalls nicht.

Ich möchte kurz auf fünf in den Kommentaren angesprochene Fragestellungen eingehen: die Unterscheidung zwischen der gemäßigten und der radikalen Rechten, die Rolle und die Aufgaben des Staats, den europäischen Einigungs- und Erweiterungsprozess, das Verhalten der Mitte-Parteien gegenüber der radikalen Rechten und schließlich insbesondere das Verhalten der Sozialdemokratie.

*Gemäßigte und radikale Rechte*

Kurt Biedenkopf und Michael Mertes behaupten, ich würde »eigentlich« keine Unterscheidung zwischen der gemäßigten und der radikalen Rechten vornehmen, mich also der »Gefahr des Rechtsextremismus [bedienen], um die ›Rechte‹ insgesamt in Haft zu nehmen« (Biedenkopf).

Das ist natürlich eine Unterstellung. Die definitorische Unschärfe, die ich gern konzediere, hat mit dem Gegenstand zu tun: Die radikale Rechte tritt vielgestaltig auf. Deshalb habe ich mich auch bemüht, in aller Knappheit die gemeinsamen Elemente dieser Parteien und Bewegungen zu definieren – von der Ablehnung eines gemeinsamen Europa bis zur Ausländerfeindlichkeit.

Ich mag mich freilich nicht mit der allzu einfachen Unterscheidung zwischen jenen, »die den gewaltsgewaltigen Umsturz der freiheitlichen Demokratie anstreben, und Parteien, die den liberalen Verfassungsstaat nicht in Frage stellen« (Mertes), zufrieden geben. Diese traditionelle Definition des Rechtsextremismus wird jener breiten Grauzone, in der sich gerade Politiker wie Haider, Fortuyn oder Berlusconi bewegen, nicht gerecht. Wenn die italienische Regierung etwa das Rechtssystem nach den sehr persönlichen Bedürfnissen ihres Führers umgestaltet, liegt dann bereits der Tatbestand des Extremismus vor oder nicht?

Am ehesten scheint mir noch der Begriff der »(neuen) radikalen Rechten« brauchbar, wie ihn Dietmar Loch verwendet. Loch subsumiert die verschiedenen Erscheinungsformen am rechten Rand, auch den Rechtspopulismus, unter diesem Terminus: »Unter der Vielzahl der in der internationalen Forschung verwendeten Begriffe (...) wird hier u.a. aus Gründen der Abgrenzung von der durch die Totalitarismustheorie und der in Deutschland durch den Bundesverfassungsschutz geprägten Terminologie der Begriff der radikalen Rechten benutzt. Er impliziert dabei den im Kontext der Denationalisierung stehenden Bezug auf einen Nationalpopulismus, wobei der Populismus im wesentlichen als politischer Stil betrachtet wird. Als ›neu‹ kann die radikale Rechte dann bezeichnet werden, wenn sie sich auf den in den meisten westlichen Demokratien zu beobachtenden und ›mit der Jahreszahl 1968 symbolisch zusammengefassten sozialen und kulturellen Wandel‹ (...) und (...) eben auch auf die Globalisierung bzw. Denationalisierung bezieht.«<sup>1</sup>

Jedenfalls liegt es mir völlig fern, einen grundlegenden Unterschied zwischen Mitte-Rechts-Parteien und der radikalen Rechten zu leugnen. Das wäre, hier ist Mertes zuzustimmen, etwa angesichts des Verhaltens der französischen Rechtsparteien gegenüber Le Pen nachgerade absurd.

Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass sich auch gemäßigte Rechtsparteien ab und an Methoden der radikalen Rechten bedienen. Ich erinnere beispielsweise an die umstrittenen Unterschriftenaktionen gegen Ausländer, die der CDU-Ministerpräsident Koch im hessischen Wahlkampf zu verantworten hatte.

Ralf Dahrendorf hat vollkommen recht: »Der schleichende Autoritarismus moderner Demokratien ist selbst eine populismusfördernde Tendenz.« Dass sich die politischen Eliten des Mainstream dieser Verlockung widersetzen, über einen Kodex legitimer Mittel und Instrumente der poli-

tischen Auseinandersetzung verständigen und sich auf die Stärken der parlamentarischen Demokratie besinnen – das wäre doch ein schönes Projekt für die vielbeschworene politische Mitte!

### *Rolle und Aufgaben des Staats*

Ein solches Projekt wäre allemal lohnender, als sich mit Biedenkopfs simplistischer Gegenüberstellung von bevormundendem Staat und freiem Individuum auseinandersetzen zu müssen. Diese höchst seltsame Dichotomie liegt Biedenkopfs Hauptvorwurf an mich zugrunde: Da er den Staat ausschließlich als Instrument der Bevormundung denkt, ich aber meinerseits dem Staat bestimmte Aufgaben zuschreibe, unterstellt Biedenkopf mir die Perpetuierung des »Teufelskreises« obrigkeitstaatlicher Konzeptionen. Ich stünde demnach an der Seite jener, die die Freiheit der Individuen einschränken wollen und die »sozialstaatliche Refeudalisierung unseres Gemeinwesens« befürworten, während in Biedenkopfs Augen die weitestgehende Zurückdrängung staatlichen Regelungsanspruchs angesagt wäre.

In Biedenkopfs Zerrbild des real existierenden Wohlfahrtsstaats tummeln sich geknechtete, von anonymen Bürokratien existentiell abhängige Menschen, weil »die Linksextremen« (sic!) »ihr politisches Geschäft mit der (...) Angst vor Armut, dem Verlust sozialer Sicherheit, Arbeitslosigkeit und der Überforderung durch die Moderne und die Globalisierung« machen.

Meint Biedenkopf im Ernst, all jene, die in der einen oder anderen Form für die wohlfahrtsstaatliche Absicherung von Lebensrisiken eintreten, also etwa auch die Anhänger einer sozialen Marktwirtschaft, wären Linksextreme?

Solche Schwarz-Weiß-Malerei sollten wir tunlichst vermeiden. In die Irre führen aus meiner Sicht sowohl der Staatsfetischismus der traditionellen Linken als auch die neoliberale Ideologie vom einzelnen, der Freiheit und Selbstbestimmung vermeintlich zuallererst aus der Absenz staatlichen Wirkens bezieht.

Die Welt ist komplexer. Wenn ich davon spreche, den Staat neu zu erfinden, dann geht es mir im Kern genau darum, seine paternalistischen Auswüchse zu beseitigen. Neben seinen geradezu selbstverständlichen Funktionen, nämlich Akteur im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu sein

und den demokratischen Interessenausgleich zu garantieren, muss der Staat ein optimaler Dienstleister sein.

Dass dabei stets die Gefahr der Bürokratisierung, der Überregulierung und des Arrogierens von Privilegien und Besitzständen besteht, ist unbestritten. Solches ist aber nicht zwingende Konsequenz jedes staatlichen Handelns. Ich insistiere auf einer modernen Staatskonzeption, die durch Selbstbeschränkung auf die Vorgabe von Rahmenbedingungen und Standards, durch ein aktivierendes Modell sozialer Sicherung sowie durch ein qualitativ anspruchsvolles Angebot an öffentlichen Gütern gekennzeichnet ist.

Wahrscheinlich wäre ein brauchbares Kriterium für gutes staatliches Handeln, inwieweit es die Lebenschancen und damit die Freiheit des einzelnen stärkt. Insofern ist beispielsweise die Investition des Staats in ein allen zugängliches und hochwertiges Bildungssystem keine Bevormundung, die Abhängigkeit erzeugt, sondern im Gegenteil die Bedingung der Möglichkeit von mehr Autonomie, also Freiheit.

Um zur radikalen Rechten zurückzukehren: John Gray rät den Parteien der Mitte sehr zu Recht, die soziale und politische Destabilisierung als Folge der Globalisierung im Auge zu behalten und nicht durch neoliberale Wirtschaftspolitik zu verschärfen, weil sonst die Gefahr des Rechtsextremismus in Europa nicht gebannt werden kann.

### *Der europäische Einigungs- und Erweiterungsprozess*

Diesem Befund korrespondiert denn auch Claus Offes Eintreten für eine europäische Wachstums- und Beschäftigungspolitik – in gleicher Weise ein Plädoyer für aktives staatliches Handeln und nicht für einen Nachwächterstaat nach Biedenkopfs Muster.

In der Tat bildet die Rückgewinnung von Handlungs- und Steuerungskompetenz auf supranationaler Ebene die derzeit wohl größte politische Herausforderung. Und sowohl Offe als auch Gray haben recht, wenn sie mehr als aufmunternde Rhetorik einfordern, selbst wenn nicht unterschätzt werden sollte, dass Diskurse auch die Wahrnehmung von Sachverhalten beeinflussen.

Gleichzeitig zeigen diese beiden Kommentare aber, vor welchen politischen Problemen wir auf europapolitischem Gebiet stehen. Spiegelt Grays Beitrag jene Skepsis gegenüber dem Transfer von Kompetenzen nach Brüssel

sel wider, die die britische Haltung in dieser Frage generell kennzeichnet, so sieht Offe gerade in einem gestärkten – und demokratisch organisierten – Europa eine Antwort auf die von der radikalen Rechten geschürten Ängste.

Bereits diese beiden Texte belegen, wie weit auseinander die herrschenden Vorstellungen für die Zukunft Europas liegen – auch schon vor der Erweiterung. Selbst wenn ich in Offes Richtung tendiere: gerade die Entleerung der *nationalstaatlichen Steuerungskompetenz* – und nicht der Steuerungskompetenz *an sich* – bildet einen besonderen Nährboden für die radikale Rechte.

Vor diesem Hintergrund wäre wohl eher eine Debatte über die bestmögliche Balance von Handlungskompetenzen zwischen supranationaler und nationalstaatlicher Ebene zu führen, wobei das von Offe formulierte Kriterium als Ausgangspunkt dienen könnte, nämlich »Europa zur Agentur einer die Mitgliedstaaten in ihrer Gesamtheit begünstigenden Wirtschafts- und Sozialpolitik zu machen«.

Diese Anforderung wird im Kontext der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union selbstverständlich verschärft. Bringt diese in den Augen der Bürgerinnen und Bürger vorwiegend Nachteile, so wird dies dem europäischen Projekt wohl kaum gut tun.

Janos Matyas Kovacs irrt, wenn er meint, ich würde eine gute Vorbereitung des Erweiterungsprozesses primär in den Beitrittsländern einmahnen. Im Gegenteil: Mir ist auch in diesem Zusammenhang jeder Paternalismus zuwider, und ich bewundere die bemerkenswerte Dynamik der Kandidatenländer, gerade angesichts von Desinteresse und Überheblichkeit seitens zumindest mancher EU-Länder.

Vielmehr vermisste ich entsprechende Vorarbeiten innerhalb der heutigen Mitgliedsländer. Ich nenne nur ein paar Beispiele aus Österreich: Weder ist die Verkehrsinfrastruktur in der Ostregion des Landes auf den prognostizierten Bedarf vorbereitet, noch erkenne ich besondere Initiativen der Regierung zur Unterstützung der Unternehmen sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Grenzgebieten. Das Erlernen der Sprachen unserer Nachbarn wird, von einigen lobenswerten Ausnahmen abgesehen, vollkommen vernachlässigt. Allenfalls gerät der kulturelle Austausch langsam in Gang.

Meine Kritik richtet sich keineswegs gegen die Normen, Kompetenzen und Werte, die heute in den Beitrittsländern herrschen, sondern gegen

derartige Versäumnisse – die übrigens nicht nur in Österreich festzustellen sind. Wird die Erweiterung von der Bevölkerung als Bedrohung gesehen, die primär Arbeitsplatzrisiken und täglichen Verkehrsstau bringt, hilft das niemandem – außer der radikalen Rechten.

*Die Parteien der Mitte und ihr Verhalten gegenüber  
der radikalen Rechten*

Bleiben wir bei der österreichischen Situation. Kovacs, Mertes und Biedenkopf drücken so etwas wie Achtung oder gar Bewunderung für die angebliche Strategie der österreichischen Konservativen aus, die Haider-FPÖ durch Einbeziehung in eine Regierungskoalition gleichsam auszuschalten.

Diese Sicht der Dinge geht zunächst von der durchaus korrekten Annahme aus, dass Protestparteien dieses Schlages nicht besonders gut regieren können. Sachliche Zwänge sowie eine in Koalitionen notwendige Kompromissbereitschaft führen zum Aufbrechen von Widersprüchen zwischen populistischer Agenda und diszipliniertem Regieren.

So weit, so gut. Solche Widersprüche müssen gleichwohl nicht unbedingt eine Selbstbeschädigung nach sich ziehen. Es hat vor allem mit den konkreten Akteuren innerhalb der FPÖ zu tun, dass es zu einer derart dramatischen Parteikrise und in der Folge zu Neuwahlen gekommen ist.

Machen wir uns nichts vor: Bis zu diesen innerparteilichen Auseinandersetzungen war weiterhin ein gutes Fünftel der Wählerinnen und Wähler auf Seiten der FPÖ und ihrer inhaltlichen Agenda – nach immerhin zweieinhalb Jahren in Regierungsverantwortung. Dieses Potential ist nicht binnen weniger Tage verschwunden.

Ich kann beim besten Willen nichts Positives an der Koalition einer gemäßigten Partei mit einer Partei der radikalen Rechten finden. Gerade die ÖVP hat dies auch nicht mit dem Ziel der Dezimierung des rechten Rands getan: Sonst hätte sie nicht gemeinsam mit der FPÖ Proporz der übelsten Sorte betrieben. Sonst hätte sie auch nicht neuerlich eine solche Koalition gebildet, obwohl ihr andere Optionen sehr wohl offenstanden.

Die ÖVP hat einen Dammbruch im Hinblick auf die Regierungsbeziehung der radikalen Rechten zu verantworten, sie hat ein Beispiel gesetzt, dem andere europäische Länder gefolgt sind.

Hierbei handelt es sich nicht um ein moralisches, sondern um ein höchst politisches Problem: Gerade angesichts der Regierungslastigkeit der euro-

päischen Institutionen halte ich es für besonders bedenklich, der radikalen Rechten vielerorts Regierungsverantwortung zu ermöglichen.

Ich bleibe dabei: Die ÖVP hat die radikale Rechte hoffähig gemacht und zu einem nicht unbeträchtlichen Teil ihre Agenda übernommen bzw. unterstützt, etwa in der Asyl- oder der Justizpolitik. Wenn Mertes schon zu Recht auf die diesbezüglich vorbildliche Haltung der gemäßigten Rechten in Frankreich verweist, dann sollte er auch nicht verschweigen, dass einst gerade Jacques Chirac seinen österreichischen Parteifreund eindringlich vor einer Zusammenarbeit mit der FPÖ gewarnt hat.

### *Das Verhalten der Sozialdemokratie*

Die österreichische Sozialdemokratie hat sich hier nichts vorzuwerfen. Wenn Mertes und Kovacs suggerieren, die SPÖ hätte ihrerseits in der Vergangenheit mit der FPÖ kooperiert, deshalb dürfe sie heute nicht die ÖVP kritisieren, so darf ich daran erinnern, dass die SPÖ 1986, als Haider die Macht in der FPÖ übernahm und damit ihren rechtspopulistischen Kurs begründete, sofort die Koalition aufkündigte und seither konsequent eine Zusammenarbeit mit dieser Partei ausschließt. Im Unterschied zu den Konservativen hat die SPÖ auch nie Jörg Haider zum Landeshauptmann von Kärnten gewählt.

Dass die Sozialdemokratie indes ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung für den Aufstieg der neuen radikalen Rechten trägt, habe ich in meinem Papier ohnehin klar zum Ausdruck gebracht. Sowohl der Versuch, Politik-elemente und Rhetorik der Rechten in die eigene Agenda zu inkorporieren, als auch Realitätsverweigerung angesichts gewandelter gesellschaftlicher Verhältnisse sind vorrangig zu nennen.

Dass jene, die sich von der Sozialdemokratie enttäuscht abgewendet haben, ihre Stimme einem nicht unbeträchtlichen Teil der neuen radikalen Rechten gegeben haben, ist richtig. Mertes' Frage freilich, ob darob »der Rechtspopulismus vielleicht so etwas wie der Sozialdemokratismus des dummen Kerls« sei, wird dadurch nicht klüger.

Bis zu den letzten Wahlen nämlich haben *beide* österreichischen Mitte-Parteien in etwa gleichem Ausmaß an die FPÖ Stimmen verloren. Das wird übrigens auch bei der Kommentierung der Wahlen vom letzten Herbst oft übersehen: Der Erfolg der Konservativen beruht zu einem ganz beträchtlichen Teil auf der Rückholung ihrer eigenen früheren Wähler.

Die radikale Rechte zielte in Österreich auf ein überkommenes politisches System, das zwar die früher garantierten Sicherheiten nicht mehr aufrechterhalten konnte, seine Machtansprüche und Ausschließungsstrategien aber beibehielt. Getragen war dieses System von beiden traditionellen Lagern. Mit vordergründig einfachen Scheinantworten lockte die FPÖ folgerichtig auch Anhänger aus beiden Lagern an.

Das Problem heute ist, dass sich dieses System aber durch die Regierungsbeteiligung der Haider-Partei nicht strukturell gewandelt, sondern nachgerade stabilisiert hat und dass sich seine autoritären Züge verschärft haben. Der Proporz trägt andere Farben, verschwunden ist er nicht.

Munition für vielleicht neue populistische Bewegungen bedeutet dies allemal. Sogar die FPÖ könnte nach einiger Zeit wieder die Rolle wechseln und den Protest erneut auf ihre Fahnen heften.

Eine überzeugende politische Antwort der linken wie der rechten Mitte – ja, ich beharre auf dem Unterschied zwischen links und rechts – kann meines Erachtens nur in einem Zugang zu gesellschaftlichen Problemen und politischem Handeln liegen, der sich klar von der radikalen Rechten abhebt. Wer selbst den Weg der unzulässigen Verkürzung wählt, spielt bereits das Spiel der rechten Vereinfacher.

Dem müsste man entgegentreten und auf dieser Basis einen neu formierten, ernsthaften Wettbewerb zwischen den Parteien der Mitte um die besseren politischen Lösungen beginnen. Auf diese Weise kann man den Radikalen das Wasser nachhaltig abgraben. Der Weg dorthin ist noch weit. Wie sagt Dahrendorf so richtig: »An Aufgaben für Demokraten fehlt es also nicht.«

Wien, im März 2003

#### *Anmerkung*

- 1 Dietmar Loch, »Die radikale Rechte in den westlichen Demokratien: ›Geschlossen‹ gegen die ›offene Gesellschaft?‹«, in: ders./Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt a.M. 2001, S. 463.